
Evaluation der Wohnungslosenhilfe in NÖ

Arbeitspaket 3: Stakeholder Gespräch 8. Juli 2021

Teilnehmer*innen:

- Bernhard Auer, Verein für Soziale Betreuung NÖ-Süd
- Ingrid Neuhauser, Verein Wohnen
- Martin Litschauer, Caritas
- Lorenz Hochschorner, Emmaus
- Lisbeth Pölzinger, Lillith Frauenberatung Krems
- Olinda Albertoni, Frauenhaus St. Pölten
- Barbara Prettnner, Frauenhaus Neunkirchen
- Kurt Malicek, Büro LR Königsberger-Ludwig

Moderation/Dokumentation: Michaela Moser, FH St. Pölten
Wiss. Assistenz: Janina Scheibenpflug

Zusammenfassung der Vorschläge 1

Das Stakeholder-Gespräch wurde mit der Methode Dynamic Facilitation (Jim Rough) moderiert. Dabei werden von den Beteiligten zunächst zentrale Fragen gesammelt (auf Basis der vorläufigen Ergebnisse bisheriger Erhebungen), für die dann im gemeinsamem Gespräch Lösungen gesucht werden. Aufgenommen werden auch Bedenken bzw. Einwände gegen genannten Lösungsvorschläge, die es in der gegenständlichen Diskussion jedoch kaum gab, zusätzlich werden die im Zuge des Gesprächs ausgetauschten Informationen dokumentiert.

Gesucht wurden konkrete Lösungsvorschläge – auch quantitativer Natur - mit Blick auf vorhandene Herausforderungen und Lücken. Im Folgenden werden einige zentrale Vorschläge zusammengefasst, nachfolgend findet sich die Dokumentation aller gesammelten Fragen, Vorschläge, Bedenken und Informationen.

Mit Blick auf die genannten notwendigen weitere Maßnahmen zur verstärkten Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in Niederösterreich konnte dabei große Einigkeit der anwesenden Personen konstatiert werden, wobei qualitative Anliegen zu strukturellen Verbesserungen neben einigen Vorschlägen für konkrete zusätzliche Angebote im Vordergrund standen.

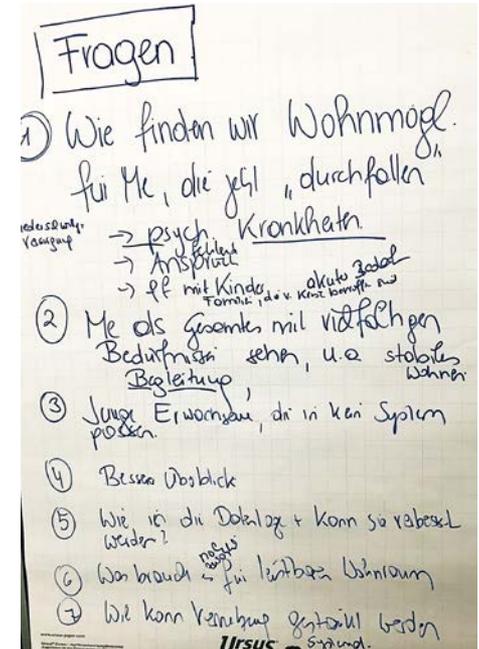
- **Gemeinsame Entwicklung (von Land NÖ als Fördergeber und WLH-Einrichtungen) einer verbesserten Datenerhebung**, mit u.a.
 - Festlegung von Mindeststandards
 - Einigung auf notwendige Differenzierungen
 - Erfassung Bezirkszugehörigkeit
 - Vereinheitlichte Erfassung von Abweisungen
 - Adäquate Parameter für Auslastung
- **Einrichtung einer zentrale Koordinations- und Anlaufstelle im Sinne eines überregionalen Case-Managements**
 - Hotline-Funktion
 - Verknüpfung mit Erstberatungsangebot und Ausbau zu Erstberatung PLUS
 - Anlaufstelle mit Überblick, jedoch keine zentralisierte Zuweisung
- **Weiterentwicklung von sozialinfo.g.v.at mit Landkarte von Einrichtungen und niederschweligen Angeboten**
 - Entsprechende Bekanntmachung und Verbindung mit überregionalem Case-Management
- **Verstärkung von systematischem Austausch und Vernetzung auf mehreren Ebenen und Ressourcen dafür**
 - Zwischen WLH Einrichtungen & Land NÖ als Fördergeber:
 - Regelmäßige Evaluierungsgespräche
 - Regelmäßige Treffen zu spezifischen Themen (Wunsch 3x jährlich)
 - Stärkung der Vernetzung zwischen den Einrichtungen: sowohl auf Leitungs- und Mitarbeiter*innen-Ebene
 - Stärkung der Vernetzung mit Bezirksverwaltungsbehörden
 - Stärkung der Vernetzung von WLH und Einrichtungen für Menschen mit psychischen Krankheiten

Zusammenfassung der Vorschläge 2

- **Verstärkung der niederschweligen Angebote**
 - **Notschlafstellen in allen 5 Vierteln Niederösterreichs – auch für 9-12 Monate und gegebenenfalls (wo kein Bedarf) auch ohne Betreuung**
 - Angebote für einzelne Personen mit mehr Betreuungsbedarf, angeschlossen an Einrichtungen > Non-Compliance Zimmer
 - Notschlafstelle mit Behindertenhilfe-Finanzierung
- **Flexiblere Angebot(spaket)e durch entsprechende Rahmenverträge**
 - Wohnassistenz mit flexiblem Stundenkontingent für Betreuungen, die Einrichtungen nach Bedarf entsprechend vergeben können
 - Ermöglichung längerer Begleitung
- **Mehr Spielraum der Organisationen für Entscheidungen über Aufnahme von Personen mit psychischen Krankheiten, kognitiven Beeinträchtigungen, Sucht ..**
 - gut dokumentiert
 - nach definierten Kriterien
- **Eigene Einrichtung für Frauen mit psychischen Erkrankungen und deren Kindern**
- **Eigene Wohnplätze für junge Erwachsene**
 - Kleine Wohnungen, mit längerer Betreuung als Teil eines flexiblen Angebots
- **Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut**
 - Kooperation mit Nö Energieberatung
- **Veränderung der Zählung bzw. Finanzierung von Plätzen für Kinder**
 - Besprechung, wie das bestmöglich gelöst werden kann
- **Qualitätsstandards für Ressourcenausstattung (für WLH-Einrichtungen und Frauenhäuser)**
- **Verstärkte Einbeziehung sozialarbeiterischer Kompetenz**
 - in alle relevanten Entscheidung (Prüfung von Anträgen)
 - in allen entscheidenden Behörden
- **Ausschöpfung der Ermessensspielräume bei Kautionen**
- **Qualitätsstandards für Ressourcenausstattung**

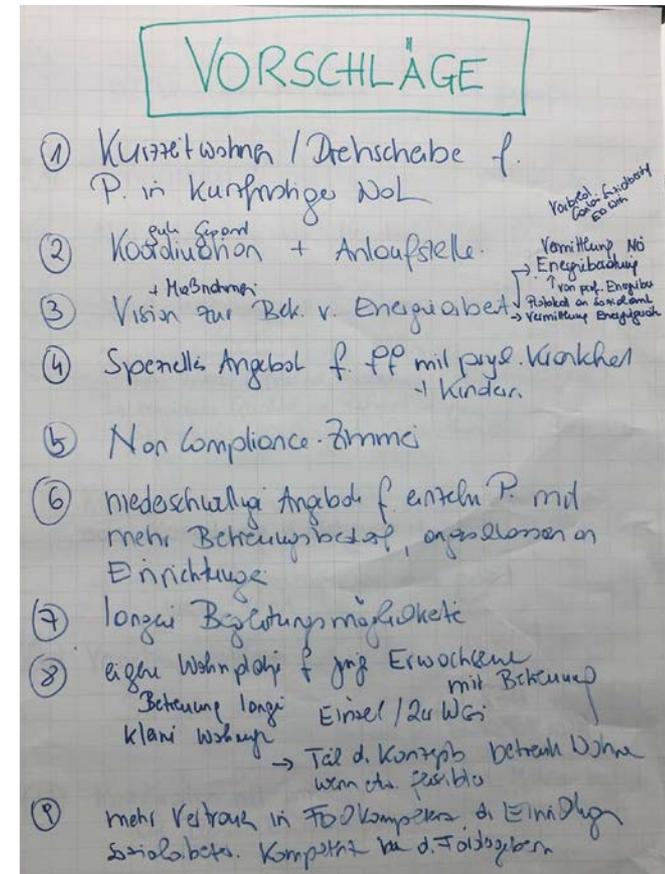
Fragen

- Wie finden wir Wohnmöglichkeiten (im Sinne niederschwelliger Versorgung) für Menschen, die derzeit „durchfallen“?
 - Menschen mit psychischen Krankheiten
 - Menschen mit fehlenden Ansprüchen
 - Frauen mit Kindern bzw. Familien, die von Krisen betroffen sind und akuten Bedarf haben
- Wie kommen wir zu Angeboten für jene junge Erwachsene, die in kein System passen?
- ... und für Frauen, die vor die Tür gesetzt werden?
- Wie umgehen mit vorhandenen Widersprüchen, wie z.B. Einschränkungen, die der Istanbul Konvention widersprechen?
- Wie gelingt es, Menschen als „Gesamtes“ mit vielfältigen Bedürfnisse zu sehen; und dementsprechend stabiles Wohnen, Begleitung anzubieten?
- Was braucht es zusätzlich für leistbaren Wohnraum?
- Wie kommen wir zu einem besseren Überblick (über Bedarfe und Angebote)?
- Wie ist die Datenlage und wie kann sie verbessert werden?
- Welche Daten sind notwendig ohne die Niederschwelligkeit zu vermindern?
- Wie kann Vernetzung systematisch gestärkt werden?



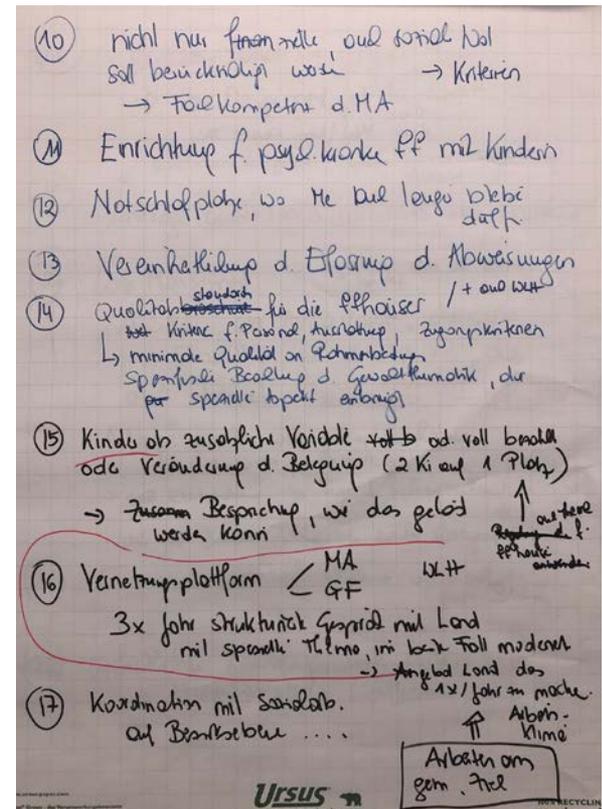
Vorschläge 1

- Kurzzeitwohnungen/Drehscheibe für Personen in kurzfristiger Not
- Gute Gesamt-Koordination und Anlaufstelle
- Vision und Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut
 - Vorbild Projekt der Caritas der ED Wien:
 - Beratung durch professioneller Energieberater*innen (Vermittlung an NÖ Energieberatung)
 - Protokoll an Sozialamt
 - Vermittlung energieeffizienter Geräte
- Spezielles Angebot für Frauen mit psychischer Krankheit und Kindern
- Non-Compliance-Zimmer
- Niederschwellige Angebote für einzelne Personen mit mehr Betreuungsbedarf, angeschlossen an Einrichtungen
- Längere Begleitungsmöglichkeiten
- Eigenen Wohnplätze für junge Erwachsene
 - kleine Wohnungen (Einzelwohnung, 2er-WGs)
 - mit längerer Betreuung
 - als Teil eines flexibleren Konzepts für betreutes Wohnen
- Mehr Vertrauen in Fachkompetenz der Einrichtungen; Sozialarbeiterische Kompetenz bei den Fördergebern



Vorschläge 2

- Nicht nur finanzielle, auch soziale Not soll berücksichtigt werden, dafür braucht es Kriterien und entsprechende Fachkompetenz der Mitarbeiter*innen
 - Eigene Einrichtung für psychisch kranke Frauen mit Kindern
 - Notschlafplätze, wo Menschen auch länger bleiben dürfen
 - Vereinheitlichung der Erfassung der Abweisungen
 - Qualitätsstandards für eine minimal notwendige Ausstattung von Frauenhäusern (und der WLH insgesamt)
 - Kriterien für personelle Ausstattung
 - Zugangskriterien, spezifische Beachtung der Gewaltthematik die spezielle Aspekte mitbringt
 - Kinder als zusätzliche Variable oder voll bezahlt oder Veränderung der Belegung
 - Besprechung, wie das bestmöglich gelöst werden kann
 - Vernetzungsplattform
 - Strukturierte Vernetzung für Mitarbeiter*innen und für Geschäftsführungen der Organisationen
 - 3x/Jahr strukturiertes Gespräch mit zuständigen Vertreter*innen des Land NÖ als Fördergeber – mit dem Verständnis eines „Arbeitens am gemeinsamen Ziel“
 - mit/für spezifische Themen
 - am besten extern moderiert
- Adhoc: Angebot Büro Landesrätin das jedenfalls 1x/Jahr zu machen
- Koordination mit Sozialarbeiter*innen auf Ebene der Bezirksverwaltungsbehörde

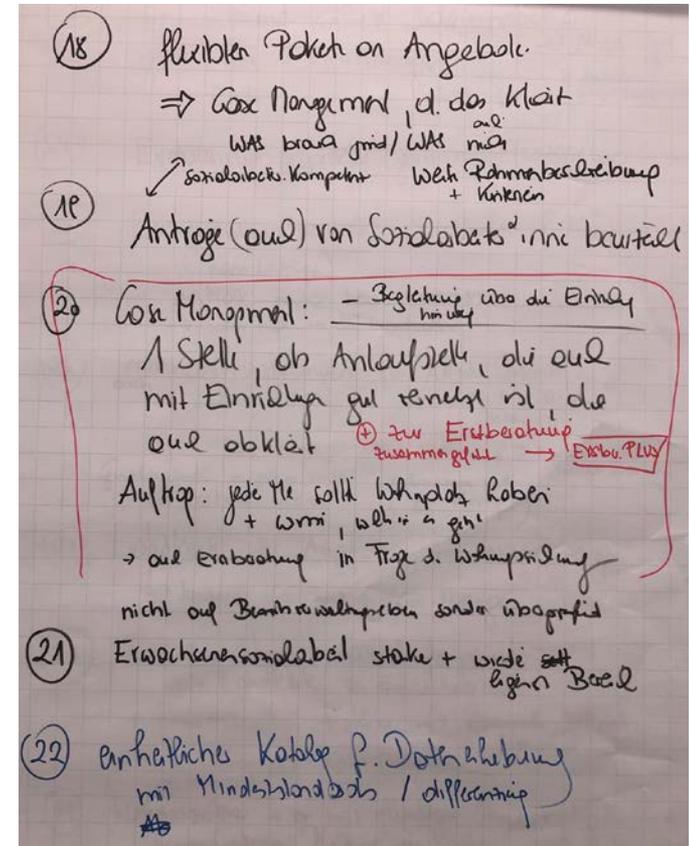


Vorschläge 3

- Flexibles Paket an Angeboten: Case-Management zur Klärung was jmd. braucht und was nicht.
 - Weite Rahmenbeschreibung mit klaren Kriterien, innerhalb der mit sozialarbeiterischer Kompetenz entschieden werden kann
- Prüfung von Anträgen immer (auch) von Sozialarbeiter*innen
- Überregionales Case-Management: Eine Stelle als Anlaufstelle, die mit allen Einrichtungen gut vernetzt ist, auch abklärt
 - Auftrag: jeder Mensch soll Wohnplatz haben
 - Begleitung auch über einzelnen Einrichtungen hinaus
 - Wissen, wohin jemand geht / wo er*sie Platz findet
 - Auch Erstberatung in Fragen der Wohnungssicherung – Zusammenführung mit vorhandener Erstberatung zu einer Erstberatung PLUS

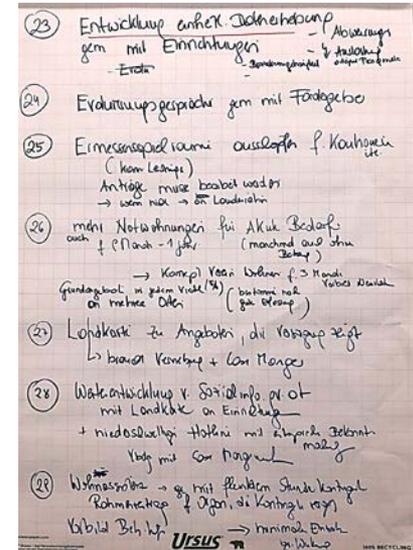
EINWAND: Zuweisungen sollen dadurch jedoch nicht zentralisiert werden.

- Erwachsenensozialarbeit stärken und wieder zu eigenständigem Bereich machen
- Einheitlicher Katalog für Datenerhebung
 - Mindeststandards
 - Nötige Differenzierungen



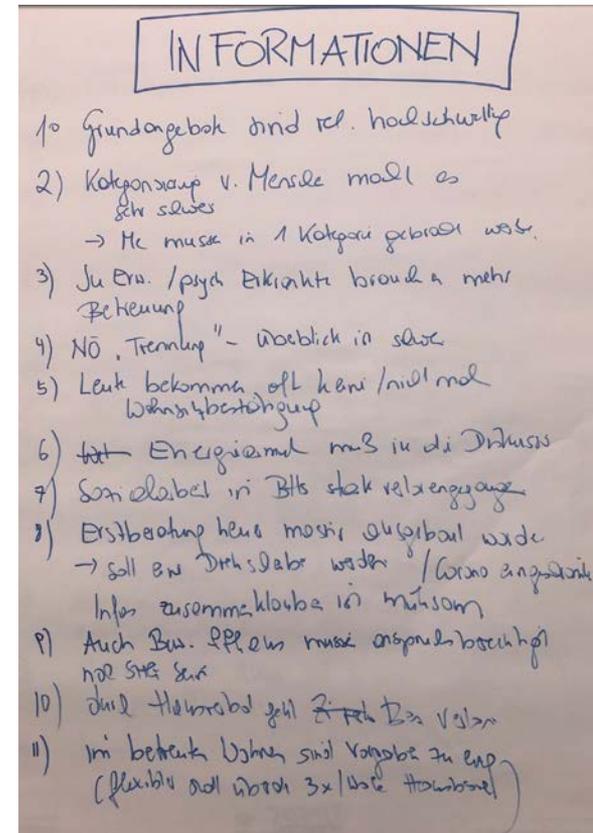
Vorschläge 4

- Entwicklung einheitlicher Datenerhebung, gemeinsam mit den WLH-Einrichtungen
 - Daten zu Abweisungen
 - Adäquate Parameter für Auslastung
 - Bezirkszugehörigkeit
- Evaluierungsgespräche mit Fördergeber
- Ermessensspielräume ausschöpfen für Kauttionen (Kann-Leistung)
 - Anträge müssen bearbeitet werden, falls nicht – Information an Büro LR
- Mehr Notwohnungen für akuten Bedarf. Grundangebote in jedem der 5 Viertel
 - Auch für 9 Monate oder 1 Jahr
 - Wenn passend auch ohne Betreuung
 - Verein Wohnen hat Konzept für 3 Monate (nach Vorbild Neustart)
- Landkarte zu Angeboten, die Versorgung zeigt (braucht Vernetzung und Case-Management)
- Weiterentwicklung von sozialinfo.g.v.at mit Landkarte von Einrichtungen und niederschwelligem Angeboten
 - Hotline mit entsprechender Bekanntmachung (Verbindung mit Case Management)
- Wohnassistent mit flexiblem Stundenkontingent: Rahmenbetrag für Organisationen die entsprechende Kontingente vergeben können.
 - Vorbild Behindertenhilfe: minimaler Einsatz mit großer Wirkung
- Mehr Vernetzung WLH und Einrichtungen für psychisch Erkrankte.
 - Austausch zwischen den Fördertöpfen
- Notschlafstelle mit Behindertenhilfe-Finanzierung
- Spielraum der Organisationen für Entscheidung Aufnahme von Personen mit psychischen Krankheiten, kognitiven Beeinträchtigungen, Sucht ..
 - gut dokumentiert
 - nach definierten Kriterien



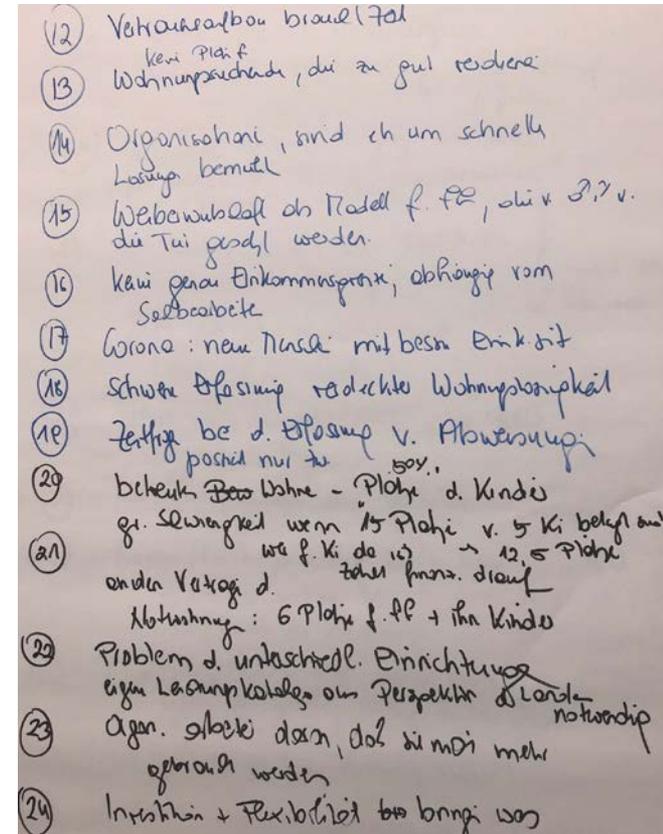
Informationen 1

- Grundangebote sind sehr hochschwellig
- Kategorisierung von Menschen macht es schwer > Menschen müssen in eine Kategorie gebracht werden
- Junge Erwachsenen und psychisch Erkrankte brauchen mehr Betreuung
- NÖ „Trennung“. Überblick ist schwer
- Leute bekommen oft keine/nicht mal eine Wohnsitzbestätigung
- Energiearmut muss in die Diskussion ein fließen
- Sozialarbeit in BHs ist stark verlorengegangen
- Erstberatung ist heuer massiv ausgebaut worden – soll eine Drehschreibe werden
 - aktuell Corona-Einschränkungen
 - Infos zusammenklauben ist mühsam
- Auch Bewohner*innen Frauenhaus müssen anspruchsberechtigt nach SH-Gesetz sein (Widerspruch zu Istanbul Konvention)
- Durch Hausverbot geht Beziehung verloren
- Im betreuten Wohnen sind Vorgaben zu eng. Flexibilität wäre gut - statt überall 3x/Woche Hausbesuch



Informationen 2

- Vertrauensaufbau braucht Zeit
- Es gibt keine Plätze für Wohnungssuchende, die vergleichsweise gut verdienen
- Organisationen sind alle um schnelle Lösungen bemüht
- Weibervirtschaft als Modell für Frauen, die von Männern vor die Tür gesetzt werden.
- Keine genaue Einkommensgrenze, Abhängigkeit von Sachbearbeiter*innen
- Corona: neue Klient*innen mit besseren Einkommen
- Schwer Erfassung verdeckter Wohnungslosigkeit
- Zeitfrage passiert nur bei der Erfassung von Abweisungen
- Betreutes Wohnen: 50%-Plätze der Kinder.
 - Große Schwierigkeit wenn von 15 Plätzen 5 von Kindern belegt werden
 - Finanzierungsnachteile dadurch, weil nur für 12,5 Refundierung
- Andere Verträge für Notwohnungen: 6 Plätze für Frauen und ihre Kinder
- Problem der unterschiedlichen Einrichtungen, eigene Leistungskataloge aus Perspektive des Landes notwendig
- Organisationen arbeiten daran, dass sie nicht mehr gebraucht werden
- Investitionen und Flexibilität bringen was.



Informationen 3

- Kurze finanzielle Unterstützung könnte oft monatelange Betreuung ersparen
- Unterschiedliche Auskünfte und Umgang auf BHS, sehr unterschiedliche Handlungsspielräume
- Mitversicherung von Frauen als Problem nach Trennung
- Zuweilen Gefühl, dass alles abgewehrt wird (wenn auch nicht auf alle zutreffend)
- Geht nicht um Diffamierung von BVBs, sondern um strukturelle Fragen
- Notwohnungen für Frauen als Vorbild
- Zwang/Leistungsstreichung bringt keine positiven Effekte
 - führt eher zu verlorenen Klient*innen
 - Druck der Bevölkerung
- Auslastungszahlen sagen wenig aus
 - werden übers Jahr gerechnet
 - wagen nichts über Spielräume aus
- Leistbarer Wohnraum scheitert oft am Einkommen (mit Mindestsicherung nicht möglich)
- Leistbarer Wohnraum oft nur mehr in Substandardqualität verfügbar
- Gegenrechnung Sozialhilfe – Wohnzuschuss als Problem
- Folgekosten mitdenken > wenn Klient*innen in der Forensik landen, sind sie am teuersten
- So gut wie alle vorgeschlagenen Maßnahmen sparen letztendlich Kosten ein.

